

Scheitern, Schulden, Stigma

Warum westafrikanische Migrant*innen nicht einfach zurückkehren, wenn der wirtschaftliche Erfolg ausbleibt

In Europa nimmt die Zahl der Programme zu, die Geflüchtete zu einer freiwilligen Rückkehr in ihre Herkunftsländer bewegen sollen. Die eigene Entscheidung gilt als die humanere Alternative zur Abschiebung. Doch wie frei sind solche Entscheidungen? Aus welchen Gründen geben Menschen ihr Migrationsprojekt auf – und warum wollen viele im Zielland bleiben, auch wenn ihre wirtschaftliche oder rechtliche Situation prekär ist? Julia Stier und Judith Altrogge haben Migrant*innen und Expert*innen aus Senegal und Gambia befragt.

Julia Stier und Judith Altrogge

Der Wunsch zur Rückkehr ins Herkunftsland ist für viele Migrantinnen und Migranten Teil ihres Auswanderungsprojekts. Migrationswünsche umfassen oft die Hoffnung, die Lebensumstände im Herkunftsland verbessern zu können – zum Beispiel, indem die eigene finanzielle Situation oder die von Familienangehörigen besser wird. Studierende erhoffen sich durch ein Studium im Ausland bessere Chancen auf dem heimischen Arbeitsmarkt. Viele Migrant*innen überweisen regelmäßig Geld ins Herkunftsland, egal ob sie in anderen afrikanischen Ländern oder in Europa oder den USA leben. Diese Rücküberweisungen werden jedoch nicht nur für die alltäglichen Bedarfe von Familienangehörigen verwendet. Viele Migrant*innen planen längerfristige Investitionen wie den Bau eines Hauses oder die Gründung eines Unternehmens. Solche Überweisungen werden also getätigt, um eine potenzielle

Rückkehr nach einer Phase der Migration vorzubereiten.

Im europäischen Kontext wurden in den letzten Jahren verstärkt Programme zur freiwilligen Rückkehr, sogenannte AVRR-Programme (Assisted Voluntary Return and Reintegration), mit dem Ziel gefördert, die Rückkehrzahlen unter jenen Migrant*innen zu erhöhen, denen keine längerfristige Bleibeperspektive im Ankunftsland gegeben werden soll, allen voran abgelehnten Asylbewerber*innen. Solche Programme unterstützen Rückkehrer*innen je nach Bedarf organisatorisch, finanziell oder durch vorbereitende Qualifizierungsmaßnahmen. Sie sollen so die Möglichkeit erhalten, ihre Rückkehrziele zu einem gewissen Grad verfolgen zu können – anders, als das bei einer Abschiebung der Fall wäre.

In unserer Forschung im Rahmen des TRANSMIT-Projektes („Transnational Perspectives on Migration and Integration“) haben wir uns mit den Rückkehrwünschen von senegalesischen und gambischen Migrant*innen in Italien und Deutschland auseinandergesetzt und sie mit Erfahrungen von Rückkehrer*innen in ihren Herkunftsländern in Beziehung gesetzt. Hierfür haben wir über 65 Interviews mit Migrant*innen in Deutschland und Italien geführt sowie über 100 Interviews mit Rückkehrer*innen und den Familienmitgliedern und Freund*innen von Migrant*innen in Senegal und Gambia. Ein Großteil der interviewten Rückkehrer*innen war männlich, daher spiegeln die Aussagen eine vornehmlich männliche Perspektive wider. Zusätzlich haben wir circa 50 Interviews mit Expert*innen aus internationalen und lokalen Organisationen, Mitarbeiter*innen in Rückkehrprogrammen sowie Regierungsvertreter*innen in Deutschland, Gambia und Senegal geführt. Obwohl die meisten unserer migrantischen Interviewpartner*innen einen generellen Rückkehrwunsch hegen, schieben viele von ihnen die Rückkehr in die fernere Zukunft. Wir sehen auch, dass viele sich gegen die Rückkehr mit einem AVR-Programm entscheiden – aus vielfältigen Gründen.

Ein wichtiger Grund, sich gegen eine Rückkehr zu entscheiden oder die Rückkehr aufzuschieben, ist, dass die Migrationsziele nicht erreicht wurden. Wenn das Migrationsprojekt auf dem Wunsch der Verbesserung der Lebensumstände

„Migrant*innen planen ihre Rückkehr erst, wenn sie selbst ähnlich erfolgreich sind wie ihre Vorbilder“

der Familie aufbaut, wird die Rückkehr ins Herkunftsland auf den Zeitpunkt verschoben, an dem dieses Ziel erreicht ist. Dies wird verstärkt durch Vorbilder ökonomisch erfolgreicher Rückkehrer*innen. Diese Bilder sind in Senegal und Gambia präsent. Für Migrant*innen entsteht so der soziale Druck, es diesen Rückkehrern gleichzutun. Rückkehrer*innen, die diesem Bild des Erfolgs nicht entsprechen, werden häufig im Herkunftsland stigmatisiert. Folglich planen Migrant*innen ihre eigene Rückkehr erst, wenn sie selbst ähnlich erfolgreich sind.



Julia Stier ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Ihre Forschungsinteressen umfassen Migrationswünsche, Migrationsvorstellungen und die Rolle neuer Kommunikationstechnologien für Migrationsentscheidungen. julia.stier@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Für Migrant*innen, die über irreguläre Routen unter lebensbedrohlichen Umständen, beispielsweise durch die Sahara und über das Mittelmeer, nach Europa gelangt sind, spielen auch die eingegangenen Risiken und erbrachten Opfer auf der Route eine wichtige Rolle bei der Entscheidung gegen eine Rückkehr. Der Weg nach Europa war für sie so schwierig, dass die Rückkehr mit einem Rückkehrprogramm, auch nach einem abgelehnten Asylantrag, einem Aufgeben gleichkäme. Eine Rückkehr mit leeren Händen führt häufig zu Stigmatisierung, selbst im engsten Familienkreis. Immerhin haben sich oft Familienmitglieder an der Finanzierung der irregulären Migration beteiligt. In manchen Fällen nehmen sie hierfür sogar Schulden auf, in der Annahme, dass diese Schulden durch die Rücküberweisungen der Migrant*in abbezahlt werden. In anderen Fällen verkaufen Migrant*innen ohne vorheriges Wissen und Zustimmung ihrer Familie Besitztümer, in der Hoffnung, diese später ersetzen zu können. In wieder anderen Fällen müssen Familien Migrant*innen aus libyschen Gefängnissen freikaufen, um nicht nur ihre Weiterreise, sondern ihr Leben zu sichern. Wenn Migrant*innen zurückkommen, ohne derlei Schulden abbezahlt zu haben, sind die Frustration und Enttäuschung bei ihren Angehörigen groß, weil die Migration die finanzielle Lage der Familie sogar noch verschlechtert hat.

Doch selbst finanziell erfolgreiche Migrant*innen in Europa schieben ihre Rückkehr häufig

in die ferne Zukunft; sie wird damit quasi zu einem Mythos. Im Laufe der Zeit bauen sich Migrant*innen ihr Leben im Zielland auf und wollen dies nicht wieder aufgeben. Häufig können Migrant*innen aber auch nicht so gut wie

„Im Laufe der Zeit bauen sich Migrant*innen ihr Leben im Zielland auf und wollen dies nicht wieder aufgeben“

erwartet Geld verdienen, um geplante Investitionen im Herkunftsland ausreichend vorzubereiten oder zu realisieren. Zusätzlich können Familienangehörige von den Rücküberweisungen abhängig sein, und wegen der Kaufkraftunterschiede können die Summen nicht einfach durch ein erfolgreiches Geschäft im Herkunftsland ersetzt werden. Eine Rückkehr würde daher eine Verschlechterung des Lebensstandards der Familie bedeuten.

In unseren qualitativen Daten finden wir Hinweise dafür, dass ein prekärer Aufenthaltsstatus eine Rückkehr ins Herkunftsland noch unattraktiver macht. Viele Migrant*innen möchten sich bei einer eventuellen Rückkehr die Möglichkeit der Mobilität offenhalten. Hierfür benötigen sie einen längerfristigen Aufenthaltstitel oder die Staatsbürgerschaft des Ziellandes, mit dem sie sich bei Bedarf zwischen Herkunfts- und ehemaligem Zielland frei bewegen könnten. Zirkuläre Migration, bei der zwischen Aufhalten im Herkunfts- und Zielland abgewechselt wird, hat für Migrant*innen den Vorteil, dass sie ihre sozialen Netzwerke sowohl im Herkunfts- als auch im Zielland aufrechterhalten können und die häufig höheren Löhne im Ausland die Phasen im Herkunftsland mitfinanzieren können.

Menschen, die zurückkehren, ohne ihr Migrationsziel erreicht zu haben, tun dies oft aufgrund von Heimweh. Dies kann noch stärker werden, wenn eine fehlende Arbeitserlaubnis im Zielland ein Gefühl von Stagnation bewirkt. Durch eine Zustimmung zur freiwilligen Rückkehr, die ihnen in Beratungsangeboten erklärt und oft nahegelegt wird, glauben sie, ihren Handlungsspielraum wieder zu vergrößern. In solchen Fällen ist die Zufriedenheit mit der Entscheidung nach der Rückkehr in der Regel zunächst groß.

Die Rückkehrer*innen sind motiviert, die gefassten Reintegrationspläne umzusetzen. In den meisten Fällen stellt sich jedoch mit der Zeit heraus, dass der Aufbau einer beruflichen Perspektive im Herkunftsland sehr schwierig ist. Die Ausgaben für eigene Lebenshaltungskosten, die finanzielle Verantwortung für Familienmitglieder sowie die nötigen Investitionen und Fähigkeiten, um beruflich erfolgreich zu werden, wurden unterschätzt, sodass sich die Rückkehr längerfristig oft als extrem herausfordernd erweist und häufig bereut wird.

Damit ist eine gesellschaftliche Stigmatisierung verbunden, die die Reintegration von Rückkehrer*innen zusätzlich erschwert. Wenn Migrant*innen nicht in der Lage waren, den an ihre Migration geknüpften Erwartungen gerecht zu werden, werden sie häufig als „Versager“ betrachtet. Um eine solche Stigmatisierung zu umgehen, thematisieren Migrant*innen die konkreten Bedingungen ihrer Rückkehr oft gar nicht erst. In manchen Fällen kehren sie nicht in ihre Herkunftsorte zurück, sondern beginnen ein neues Leben in größeren Städten, in denen niemand von ihren erfolglosen Migrationserfahrungen weiß. Im Falle einer Rückkehr im Rahmen eines AVRR-Programms kann im sozialen Umfeld zumindest kurzfristig der Eindruck finanziellen Erfolgs geweckt werden, da die Rückkehrenden oft ein Startgeld erhalten. Wenn mit der Zeit deutlich wird, wie begrenzt die Mittel waren, wächst jedoch die Enttäuschung der Angehörigen. Viele wollen nicht erklären, dass sie einer Rückkehr selbst zugestimmt haben, da sie befürchten, für ihr eigenes Zutun besonders verurteilt zu werden. Lieber nehmen sie in Kauf, als abgeschoben zu gelten – auch wenn eine Abschiebung ebenfalls mit Stigmata belegt ist, können Abgeschobene doch weniger stark für ihre Rückkehr verantwortlich gemacht werden.

Abgeschoben zu werden, bedeutet für Migrant*innen, abrupt ihrer Investitionen, Träume und Perspektiven beraubt zu werden. Besonders nach einer irregulären Migration, die mit immensen Risiken einherging, haben viele Rückkehrer*innen das Gefühl, dass ihre Opfer umsonst waren. Entsprechend gedemütigt und orientierungslos starten sie nach der Abschiebung in den folgenden Lebensabschnitt. Oft spenden Freunde und Familie vor allem zu Anfang Trost und auch materielle Unterstützung, da Abgeschobene in der Regel absolut mittellos sind. Zum Bild des „Versagers“ kommen im Fal-

le einer Abschiebung weitere Vorurteile hinzu: Oft wird angenommen, die Betroffenen seien – vor oder nach der Abschiebung – kriminell geworden, oder es werden psychische Probleme vermutet.

Trotzdem können Abgeschobene es schaffen, sich in der neuen Realität zurechtzufinden und ihre Perspektivlosigkeit zu überwinden – manchmal langsam, manchmal notwendigerweise schneller aufgrund hoher materieller Not und der Notwendigkeit sich zu versorgen. Trotzdem sind Lethargie und soziale Isolation für viele Abgeschobene Teil des neuen Alltags. Viele haben einen starken Drang, erneut das Land zu verlassen. Es fällt ihnen leichter, ihrem Alltag zu begegnen, wenn sie an einer potenziellen Migration festhalten, auch wenn sie diese nicht immer umsetzen (können) und der Migrationswunsch mit der Zeit an Wichtigkeit verliert.

Es gibt aber auch Fälle, in denen die Rückkehr eine positive Erfahrung ist. Migrant*innen, die für ein Studium ins Ausland gegangen sind, profitieren nach ihrer Migration von einem höheren sozialen Ansehen. Ihre Weiterqualifizierung findet oft Anerkennung auf dem heimischen Arbeitsmarkt. Ältere Migrant*innen kehren nach dem Renteneintritt zurück und können ohne den Erwartungsdruck zukünftiger Erwerbstätigkeit ihren Ruhestand im Kreise der Familie verbringen. Positive Erfahrungen bei der Rückkehr sind sehr viel wahrscheinlicher, wenn ein bescheidenes wirtschaftliches Vorankommen nach der Rückkehr auf Verständnis im sozialen Umfeld trifft. Hier spielt auch eine Rolle, ob Wohnraum durch andere Familienmitglieder zur Verfügung ge-



Judith Altrogge ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Migrationspolitik, Irregularität von Migrant*innen und Rückkehrprozesse zwischen Deutschland, Europa und Westafrika. judith.altrogge@uni-osnabrueck.de

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

stellt wird, ob eigene Ehepartner*innen und Kinder versorgt werden müssen oder ob andere Familienmitglieder die finanzielle Hauptverantwortung für den Unterhalt der Großfamilie tragen können. Das Wohlbefinden ist also davon geprägt, wie sehr die wirtschaftliche Prekarität der Rückkehrer*innen für die schlechte wirtschaftliche Lage eines größeren Personenkreises verantwortlich ist. Denn insbesondere wegen dieser Verantwortung wird eine Rückkehr ohne Erfüllung des Migrationsziels gemeinhin als schwach, egoistisch oder sogar dumm angesehen, da die Chance auf eine bessere finanzielle Zukunft für die gesamte Familie verspielt wurde.

Literatur

Altrogge, Judith: „Income Prospect Trajectories after State-Induced Return from Germany to the Gambia: Assisted Voluntary Return and Reintegration as ‚Slow Deportation‘“. In: sozialpolitik.ch, 2023, H. 2, S. 1-25. DOI: 10.18753/2297-8224-4477.

Sinatti, Giulia: „Return Migration as a Win-Win-Win Scenario? Visions of Return Among Senegalese Migrants, the State of Origin and Receiving Countries“. In: Ethnic and Racial Studies, 2015, Jg. 38, H. 2, S. 275-291. DOI: 10.1080/01419870.2013.868016.

Strijbosch, Karlien/Mazzucato, Valentina/Brunotte, Ulrike: „Performing Return: Victims, Criminals or Heroes? Senegalese Male Returnees Engaging with the Stigma of Deportation“. In: Gender, Place & Culture, 2023, S. 1-21. DOI: 10.1080/0966369X.2023.2229056.